

„Diese Luxusprobleme können wir uns nicht mehr leisten“

Schule in Not. Der Bürokratie-Abbau soll bis Ende des Jahres fixiert werden

VON BERNHARD GAUL

Liste und Formulare schreiben, Kompetenzblätter erstellen und ausfüllen; Schularbeitstermine auf drei unterschiedliche bürokratische Arten kommunizieren – unter anderem in einem Online-System, das trotz (oder wegen) permanenter Updates nicht funktioniert, weil man etwa für jedes Kind in der Klasse systembedingte Leerzeichen löschen muss; Reisekostenabrechnungen; Milchbestellung und -abrechnung; Unterschriften nachlaufen; Vorgaben der Bildungsdirektionen, die sich „gefühl wöchentlich ändern“; pädagogische Berichte verfassen; eMails der Eltern beantworten, die das rasch und vehement einfordern.

Das sind nur einige von (leicht übertriebenen) „300 sinnlosen Tätigkeiten der Lehrer:innen“, die von den Neos unter 700 Pädagogen

erhoben wurden – der KURIER berichtete. Zentrales Ergebnis der Umfrage: 95 Prozent der befragten Pädagogen stimmen dem Satz zu, dass „Lehrer und Lehrerinnen mit zu vielen Erlässen, Verordnungen und Regelungen aus dem Ministerium und den Bildungsdirektionen

„Wir haben ohnehin alle Hände voll damit zu tun, mit Provisorien eine pädagogische Versorgung sicherzustellen“

Paul Kimberger
Sprecher Lehrergewerkschaft

nen konfrontiert“ seien und „immer weniger Zeit finden für ihre eigentlichen Aufgaben“. Die Bürokratie als Sargnagel eines ohnehin sehr herausfordernden Arbeitsalltags, der auch dazu führt, dass Lehrer genau deshalb oft hinschmeißen und den Schulbetrieb verlassen.

Aber es tut sich was. Die Lehrergewerkschaft hatte noch vor dem Sommer mit Streikmaßnahmen im Herbst gedroht, sollte das Ministerium nicht tätig werden.

Weniger Abfragen

Über den Sommer ist zwar wenig passiert, aber jetzt wird regelmäßig und intensiv verhandelt, bestätigt Lehrergewerkschafter Paul Kimberger. Und er berichtet von ersten Erfolgen: „Es wurden an die Bundesländer erste Änderungen verschickt, etwa dass es im September keine zusätzlichen, bürokratisch aufwendigen Abfragen an die Schulen geben wird, und generell werden die Ausweisungen an die Schulen stark reduziert, etwa durch Bündelung von Informationsmails“, sagt Kimberger.

Noch in diesem Monat werden sich die Verhandler von Gewerkschaft und Bildungsministerium außerdem mit der Frage beschäfti-

gen, wie viel Schulentwicklung an den Standorten sinnvoll und verträglich ist.

Was soll zum Schluss herauskommen? „Mein Ziel ist, dass die Belastungen durch Verwaltung und Bürokratie, die nicht unbedingt mit Unterricht und Pädagogik zu tun haben, deutlich reduziert werden. Wir können uns diese Luxusprobleme nicht mehr leisten, weil wir ohnehin alle Hände voll damit zu tun haben, mit Provisorien eine flächendeckende pädagogische Versorgung sicherzustellen“, so Kimberger.

Bis Dezember soll die Reform stehen. Bis dahin soll sich die Arbeitsgruppe „eine Vielzahl von Punkten vornehmen, mit einem intensiven Zeitplan“. In diesem sollen längerfristige Maßnahmen fixiert werden, die schnell wirken sollen. Das Ministerium habe ebenfalls erkannt, dass „wir diese Entlastungen dringend brauchen“, sagt Kimberger.



Innenminister Karner (ÖVP) will Kriminalität verhindern



Stadtrat Hacker (SPÖ) berichtet von intensiven Gesprächen

Asyl-Kosten: Künftig mehr Geld vom Bund für Wien

Startschuss für vierjähriges Pilotprojekt

Realkostenmodell. Die Kosten für das Asylwesen wurden bislang zu 40 Prozent von den Bundesländern und zu 60 Prozent vom Bund getragen. Das wurde 2003 so beschlossen. Bislang stand dann für jede asylsuchende Person ein täglicher Pauschalbetrag zur Verfügung: 95 Euro für Kinder und Jugendliche, 48 Euro für Menschen mit Pflegebedarf und 25 Euro für Personen in organisierten Quartieren. Waren die realen Kosten beispielsweise für Betreuung höher, mussten sie aus anderen Budgets oder von Organisationen gedeckt werden. Das soll sich nun ändern, wie Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Wiener Stadtrat Peter Hacker (SPÖ) am Freitag angekündigt hat.

Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen Kosten, die etwa für Unterkunft, Betreuung und Verpflegung von Asylsuchenden anfallen, nun an die tatsächlich anfallenden Kosten angepasst werden, so Karner. Das gelte vorerst für vulnerable Gruppen unter den Asylsuchenden, also für Kinder, Jugendliche, Beeinträchtigte und Pflegebedürftige.

Das Projekt starte rückwirkend ab dem 1. Jänner 2023 in Wien und sei vorerst auf einen Zeitraum von vier Jahren angesetzt, so Karner. Ab 2024 werde es auf alle anderen Gruppen ausgedehnt. Die übrigen Bundesländer hätten erste Informationen über das Projekt erhalten.

Der Mehraufwand für den Bund wird im ersten Jahr auf sieben Millionen geschätzt. Karner betonte aber, dass die Maßnahme nicht dafür sorgen solle, dass die Ausgaben mehr werden. „Die Kosten sind auch bisher schon angefallen.“

Mit der Einführung des Pilotprojekts wolle man laut Hacker auch einer dringenden Empfehlung des Rechnungshofes folgen, der schon 2022 Kritik an dem pauschalen System geäußert habe, sagt Hacker. Das Realkostenmodell bedeute weniger Bürokratie, mehr Transparenz und eine gerechte Aufteilung der realen Kosten.

„Gerade Jugendliche sollen sehr engmaschig und intensiv betreut und kontrolliert werden“, sagt Karner. Auch Kriminalität und Obdachlosigkeit wolle man verhindern. Hacker betont, dass Organisationen, die Bildungsarbeit, Kontrollarbeit etc. in manchen Ecken der Republik durchführen könnten, diese Dienste zu den derzeitigen Preisen nicht anbieten. Das dürfe in der Bundeshauptstadt Wien nicht passieren.

Asylzahlen sinken

Im Rahmen der Pressekonferenz präsentierte der Innenminister auch aktuelle Asylzahlen. Vor einem Jahr sei Österreich massiv belastet und teilweise überlastet gewesen, da Schlepper die Situation ausgenutzt hätten. Im Vergleich zum Zeitraum Jänner bis Juli des letzten Jahres verzeichne man heuer um 35 Prozent weniger Asylanträge, nämlich 28.500. Das sei „ein guter Trend, ein richtiger Trend“, wie der Innenminister betont.

Für viele der Ukraine-Flüchtlinge habe man eine Unterbringung finden können. Dies habe aber auch eine große Herausforderung für Bund, Länder und Gemeinden dargestellt. „Das Prinzip der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit muss im Mittelpunkt stehen“, so Karner. SOPHIE BUMBERGER



95 Prozent der Pädagogen stimmen dem Satz zu: „Lehrer sind mit viel zu vielen Erlässen, Verordnungen und Regelungen konfrontiert“

Kein Wein-Export in Fässern? FPÖ ortet Skandal, ÖVP spricht von Sturm im Wasserglas

Teufel warnt vor Wettbewerbsnachteil, falls nur noch in Flaschen exportiert werden darf. Für Schmuckenschlager liegt Thema auf Eis

Weinbau. Jetzt, da gerade mit der Weinlese begonnen wurde, sieht die FPÖ einen Weinskandal im Anmarsch. Dabei geht es weniger um die Qualität des Weines als um die Art des Exports. Konkret um die Frage, ob Qualitätswein in Zukunft nur noch in Flaschen und nicht mehr in Fässern exportiert werden darf. So eine Neuregelung wird vom nationalen Weinkomitee vorgeschlagen.

Die Kritik daran kommt von Reinhard Teufel, Klubobmann der FPÖ in Niederösterreich. Er sieht für die heimische Weinwirtschaft die Gefahr, dass sie international ins Hintertreffen gerät. Teufel: „Wenn sich das nationale Weinkomitee mit der geplanten Neuregelung tatsächlich



Reinhard Teufel (FPÖ) kritisiert Weinkomitee, Johannes Schmuckenschlager (ÖVP) kontert

durchsetzt, dann erleiden heimische Weinbauern mit einem Schlag einen gravierenden Wettbewerbsnachteil beim Export von Qualitätsweinen.“

Er bezeichnet es als notwendigen Standard, dass der österreichische Qualitätswein in Fässern exportiert und erst in den jeweiligen Zielländern in Flaschen abgefüllt wird.



Würde allerdings der Empfehlung des Weinkomitees Folge geleistet, wären massiv höhere Transport- und Abfüllkosten die Folge. Und das würde sich wieder auf den Endpreis auswirken. Teufel: „Damit müssten Preise verlangt werden, die der Markt nicht hergibt.“ Er will jedenfalls die rechtliche Haltbarkeit dieser Aktion prüfen las-

sen. Und fordert, dass nun das Landwirtschaftsministerium aktiv wird.

„Ist nachvollziehbar“

Weinbaupräsident Johannes Schmuckenschlager (ÖVP) ist über die von der FPÖ angezettelte Debatte nicht glücklich. „Wir haben gerade Leszeit und die Märkte sind sensibel. Da braucht es so eine

politische Agitation überhaupt nicht.“

Dass schon seit einiger Zeit über eine Abfüllverpflichtung von österreichischem Qualitätswein im Inland diskutiert wird, will Schmuckenschlager gar nicht abstreiten. Für ihn ist das auch nachvollziehbar. Aspekte wie die Nachvollziehbarkeit, die Rückverfolgbarkeit und die Wertschöpfung im Inland würden diese auch nachvollziehbar machen. Allerdings liege das Thema derzeit in der EU auf Eis. Die Kritik von Reinhard Teufel sieht er deswegen auch als „Sturm im Wasserglas“.

Außerdem werde derzeit grundsätzlich an einem neuen Weingesetz gearbeitet, weil „das österreichische

Weingesetz von 2009 in vielen Punkten nicht mehr dem gemeinsamen Rechtsbestand der Europäischen Union entspricht“. Deswegen sollte erst im Zuge dieser Gesetzeswerdung das Thema der Pflichtabfüllung wieder aufgegriffen werden. „Der österreichische Weinbauverband spricht sich daher derzeit gegen eine Diskussion über eine mögliche Abfüllverpflichtung von Qualitätswein im Inland aus.“

Die FPÖ will allerdings nicht so lange warten. Reinhard Teufel kündigt „massiven Widerstand gegen den Willkürakt des Weinkomitees“ an. Wenn sich der Agrarminister diese Vorgangsweise gefallen lasse, dann ruiniere er die heimischen Weinbauern. MARTIN GEBHART